

# Übervolle Notschlafstelle für junge Menschen in Bern

**Jugendobdachlosigkeit** Pluto bietet jungen Leuten in Not Obdach. Erste Zahlen zeigen nun, dass das Angebot stark beansprucht wird. Eine Nutzerin erzählt.

Maurin Baumann

An der Studerstrasse, am Rande des Viererfelds in Bern, steht ein unscheinbares Haus. Tritt man ein, erstrecken sich über zwei Stockwerke ein gemütliches Wohnzimmer, ein kleines Büro, eine Waschküche, zwei Badezimmer, eine Küche samt Essbereich – und vielleicht am wichtigsten: fünf Schlafzimmer. Pluto, die Berner Notschlafstelle für junge Menschen, ist selbst noch jung. Ziemlich genau seit einem halben Jahr läuft der Betrieb. Und zwar auf Hochtouren.

Hier, in einem dieser Betten, ist etwa die Bernerin Mia (Name geändert) vergangenen Oktober mehrmals untergekommen. Insgesamt elfmal habe sie hier übernachtet, erzählt die 21-Jährige, die anonym bleiben möchte. Ihr Mitbewohner sei handgreiflich geworden, nennt sie als Grund für ihre wohnliche Notlage: «Einmal ist es eskaliert: Er hat mich geschüttelt und verfolgt.» Zu gross war fortan die Angst, wieder nach Hause zu gehen.

Und zu den Eltern? «Habe ich keinen Kontakt», sagt sie. Aufgewachsen sei sie zwischen zwei Dörfern nahe der Stadt Bern. Zu Hause seien «schwierige Dinge passiert». Mehr ins Detail will sie nicht gehen. Ab ihrem 15. Lebensjahr wohnte sie in einem Heim, als sie 17 war, wurde ihren Eltern das Obhutrecht entzogen. Kurz bevor Mia volljährig wurde, trat sie aus dem Heim aus – jedoch ohne Anschlusslösung. Es folgten prekäre Wochen zwischen Sofas, Notschlafstellen und im Freien verbrachten Nächten. «Schon damals wäre ich froh um ein Angebot wie Pluto gewesen.»

## An der Kapazitätsgrenze

Mia ist keineswegs ein Einzelfall. 1045 Übernachtungen von 67 verschiedenen Personen zählen die Verantwortlichen der neuen Berner Jugendnotschlafstelle im ersten halben Betriebsjahr in einem kürzlich erschienenen Kurzbericht. Kosten fallen für die «Nutzerinnen und Nutzer», wie sie bei Pluto genannt werden, keine an. Zum Angebot gehören auch Mahlzeiten sowie freiwillige Sozialberatungen. 231 solche Beratungen haben bereits stattgefunden.

«Wir stossen an Grenzen», sagt Christine Blau vom Pluto-Team. In den letzten Wochen hätten vermehrt bis zu zwölf Personen übernachtet. Ursprünglich habe man mit maximal sieben gerechnet. Nun sieht sich das Team aus Kapazitätsgründen gezwungen, eine Obergrenze festzusetzen.

Was sind das für Menschen, die hierherfinden? Wie die Zahlen zeigen, sind die Mehrheit Schweizerinnen und Schweizer. Rund drei Viertel werden gemäss Bericht «männlich gelesen». Und die meisten sind volljährig: Von insgesamt 67 Nutzenden sind nur 12 unter 18 Jahre alt. Das Angebot richtet sich an 14- bis 23-Jährige.

## Ein schlecht erforschtes Feld

Solche Erhebungen sind in der Schweiz rar. Denn die Obdachlosigkeit ist hierzulande schlecht dokumentiert. Einer, der in die-



Stark beansprucht und doch gut gelaunt: Nicole Maassen (l.) und Christine Blau, Mitarbeiterinnen von Pluto.



Ein unscheinbares Haus an der Studerstrasse in Bern: Pluto, die Notschlafstelle für junge Menschen. Fotos: Franziska Rothenbühler

sem Bereich forscht, ist Jörg Dittmann, Dozent an der Fachhochschule Nordwestschweiz. Zu Jugendlichen in schwierigen Lebenslagen gebe es eine Reihe von Studien, sagt er. «Zu Wohnen und Jugend noch nicht.» Dazu hätten bis vor wenigen Jahren grundlegende Informationen gefehlt, sagt Dittmann. «Die breite Bevölkerung und Öffentlichkeit ging davon aus, dass es Obdachlosigkeit nicht gibt.»

Dass hierzulande niemand unfreiwillig auf der Strasse sein müsse, ist etwas, das Melina Wälti von der Kirchlichen Gassenarbeit

Bern sehr oft hört. Es widerspricht ihrer Erfahrung. «Mit solchen Narrativen macht man es sich zu einfach», findet Melina Wälti. Jugendliche auf der Strasse seien immer auch eine Kritik am bestehenden Sozialsystem und ein Zeichen mangelnder sozialer Ressourcen.

Es stimme, dass das Phänomen schlecht erforscht sei – und dass man eine riesige Dunkelziffer vermute. «Fachstellen weisen immer wieder darauf hin, dass es spezifische Angebote für von Wohnungs- und Obdachlosigkeit betroffene Jugendliche braucht», so Wälti.

Die hohen Nutzungszahlen von Pluto, aber auch jene von Nemo, einer vergleichbaren Institution in Zürich, würden dies nun bestätigen.

## Jung und wohnungslos

Es sind offenbar viele, die durch die Netze fallen. Dittmann erklärt, «dass die Ursachen für Obdachlosigkeit von Jugendlichen etwas anders gelagert sind als bei Erwachsenen». Das wisse man aus der internationalen Forschung. Während sich die Obdachlosigkeit von Erwachsenen mit eskalierenden Armutsverläufen, Migrationsrisiken – Stichwort Sans-Papiers – sowie Sucht- und psychischen Erkrankungen erkläre, kämen bei Jugendlichen Konflikte im Elternhaus, in der Schule und in der Ausbildung dazu.

Im Zwischenbericht von Pluto werden ähnliche Nutzungsgründe angegeben. Dazu erwähnt Christine Blau sogenannte «Care-Leaver», also Menschen wie Mia, die mit 18 Jahren ein Heim oder eine Pflegefamilie verlassen, aber noch keine geregelte Folgeleistung haben. Dann bestehe die Gefahr, «in der kritischen Übergangsphase ins Erwachsenenalter in prekäre Wohnformen zu geraten». Dieses Muster sei häufig.

«Es gibt aber nicht einfach die eine Geschichte», sagt Nicole

Maassen, ebenfalls Mitarbeiterin bei Pluto. Viele hätten nach einem «Institutionsmarathon» auch mit grossen bürokratischen Hürden zu kämpfen, die sie kaum allein bewältigen könnten. Und oftmals liege im Einzelfall auch eine Mehrfachbelastung durch Überlagerung verschiedener solcher Probleme vor.

Besonders beunruhigend: Wenn sich junge Menschen in einer prekären Wohnsituation befänden, kämen sie oftmals bei Älteren unter, so Blau und Maassen. Es könne dann dazu kommen, dass finanzielle oder körperliche Gegenleistungen für das Obdach eingefordert würden. Zu welch ungesunden und potenziell gefährlichen Abhängigkeitsverhältnissen dies führen kann, ist nicht schwer vorstellbar.

## Ausgewiesener Bedarf nötig

Damit Menschen wie Mia weiterhin niederschwellig und vor allem kostenlos an der Studerstrasse übernachten können, braucht Pluto Geld. Das meiste davon kommt von kirchlichen Einrichtungen, zahlreichen Stiftungen und privaten Spenden. Aktuell stellt die Notschlafstelle zudem den jeweils zuständigen Sozialdiensten eine Nachtpauschale von 180 Franken in Rechnung. Diese wird aber nicht in allen Fällen bezahlt, weil dafür eigentlich die rechtliche Grundlage fehlt. Um als sogenanntes soziales Leistungsangebot bewilligt zu werden, muss der Bedarf für das Angebot ausgewiesen werden. Unter anderem um diesen Bedarf zu beweisen, ist Pluto als Pilotprojekt angetreten.

Doch sprechen die nun publizierten Nutzungszahlen von Pluto nicht Bände? Die zuständigen städtischen Behörden «beobachten die Pilotphase aufmerksam und begrüssen, dass der Bedarf in diesem Bereich auf diese Weise geklärt wird», wie sie auf Anfrage schreiben. Bezüglich der Erteilung einer Bewilligung stünden der Stadt Bern aber keine eigenen Kompetenzen zu – diese würden dem Kanton Bern zufallen.

Der Kanton spielt den Ball aber zurück: Er schliesse keine Leistungsverträge mit Notschlafstellen ab – es seien die Gemeinden, die dies täten, heisst es auf Anfrage: «Ob eine langfristige Finanzierung von Pluto geplant ist, muss also die Stadt Bern beantworten», sagt Gundekar Giebel, Sprecher der kantonalbernerischen Sozialdirektion.

Ob Pluto eine langfristige Zukunft in Bern hat, wird also in nächster Zeit verhandelt werden. Aus Sicht der Betreibenden beweisen die Zahlen den Bedarf für ihr Angebot. «Wir werden auf Stadt und Kanton zugehen, um eine längerfristige Finanzierung von offizieller Seite zu forcieren», sagt Christine Blau von der Notschlafstelle.

Zumindest Mia hat eine Anschlusslösung gefunden. Sie lebt nun in einem begleiteten Wohnen, sucht eine Wohngemeinschaft und will die Matura nachholen. Zwar sei das «eine weitere Zwischenstation», sagt sie, «aber eine gute».

## Pflegende machen Lärm für bessere Bedingungen

**Gegen den «Pflexit»** Mehrere Hundert Beschäftigte aus dem Gesundheitswesen demonstrierten in Bern.

Bund, Kantone und die Arbeitgeber sollen den «Pflege-Exodus» endlich stoppen. Das haben am Samstag mehrere Hundert Beschäftigte aus dem Gesundheitswesen in Bern gefordert.

Jeden Monat kehrten über 300 Pflegende ihrem Beruf den Rücken, hiess es an der Kundgebung auf dem Bundesplatz. Das heiße die Versorgungskrise im Gesundheitswesen an. Viele Abteilungen und Heime seien mittlerweile stark unterbesetzt. Die Überlastung des Personals führe zu Fehlern in der Arbeit, die Pflegequalität sinke.

Die Umsetzung der vor Jahresfrist angenommenen Pflegeinitiative reiche allein nicht aus. Um den «Pflexit» zu stoppen, brauche es fünf Sofortmassnahmen für bessere Arbeitsbedingungen. Dazu gehörten eine deutliche Lohnerhöhung bei gleichem Pensum beziehungsweise eine Reduktion der Arbeitszeit bei gleichem Lohn.

Die bestehenden Zulagen und Zeitgutschriften müssten massiv erhöht werden, auch brauche es neue Zulagen für kurzfristige Dienstplanänderungen. Pflegende bis zum 49. Altersjahr sollten mindestens fünf Wochen Ferien haben, danach sechs Wochen, ab 60 Jahren sieben. Weiter müsse die tatsächliche Arbeitszeit erfasst und abgegolten werden. Dazu gehörten zum Beispiel die Umkleidezeit und die Wegzeit von einem Einsatz zum nächsten in der Spitex. Vonnöten seien auch Zuschüsse für familienergänzende Kinderbetreuung.

## «Wir schlagen Alarm»

Die Kundgebung organisiert hatten die Gewerkschaften Unia, VPOD und Syna sowie der Berufsverband SBK. Sie schätzten die Zahl der Teilnehmenden auf 700. «Wir schlagen Alarm» lautete das Motto. Die Demonstrierenden hatten Bettpfannen und Nierenschalen dabei, um Lärm vor dem Bundeshaus zu machen.

«Beifall war gestern – heute brauchen wir mehr Zeit und Geld» stand auf einem der Transparente. Eine Pflegende hielt ein Schild mit der Aufschrift «Ich habe 255 Überstunden» in die Höhe. «Gesundheit ist keine Ware», hiess es auf einem Transparent von Ärztinnen und Ärzten.

Das Schweizer Volk hatte die Pflegeinitiative im November 2021 deutlich angenommen. Der Nationalrat soll in der anstehenden Winter session ein erstes Umsetzungspaket schnüren, indem er die Ausbildungsoffensive verabschiedet. Doch es nütze alles nichts, «wenn man Wasser in die Badewanne einlässt, aber den Stöpsel vergisst», sagte ein Redner an der Kundgebung. (sda)



Am Samstag fand in Bern die Kundgebung «Das Pflegepersonal wehrt sich» statt. Foto: Key